

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

3/2012

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Neues aus dem Wahlkreis

Woidke schiebt Gemeinde "schwarzen Peter" zu - Minister: Nuthe-Urstromtal wollte illegale Technoparty nicht räumen / Bürgermeisterin weist Vorwurf zurück

Innenministerium und Ordnungshüter waren nach einem Polizeieinsatz Ende Juli in Scharfenbrück (Teltow-Fläming) in die Kritik geraten, eine illegale Technoparty mit rund 3000 Teilnehmern einfach geduldet zu haben, obwohl die Gemeinde die sofortige Räumung gefordert hatte (Prignitzer berichtete). "Die Behauptung, dass nach Aussagen der Bürgermeisterin der Gemeinde Nuthe-Urstromtal die Veranstaltung nicht aufgelöst werden konnte, weil es seitens der Polizei keinerlei Unterstützung gab, ist nicht zutreffend", erklärte Woidke in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage. Innerhalb weniger Stunden seien 23 Streifenwagenbesatzungen aus halb Brandenburg in Scharfenbrück zusammengezogen worden.

Die rund 60 Beamten hätten dann versucht, Zufahrtswege abzusperren. Die Technofans seien über Wald- und Schleichwege dennoch bis zum Partygelände vorgedrungen, hieß es. Aus Verhältnismäßigkeitsgründen und Eigensicherungsaspekten habe sich die Polizei zunächst darauf beschränkt, weiteren Zustrom zur Party zu verhindern, so der Minister. Stunden später sei Bürgermeisterin Monika Nestler ins Boot geholt worden. Von ihr sei dann entschieden worden, so Woidke, die Party zu dulden. Ein Verbot hätte womöglich die Lage eskalieren lassen und es wäre unter Umständen zu Gewalttätigkeiten gekommen, hieß es weiter. Die Gemeindeverwaltung zeigte sich erstaunt. "Ich habe nie gesagt, dass es von der Polizei keine Unterstützung gab", erklärte Gemeindebürgermeisterin Nestler. "Zu der Duldung ist es doch nur gekommen, weil sich die Polizei außerstande gesehen hat, weitere Einsatzkräfte nach Scharfenbrück zu holen." Die Bereitschaftspolizei sei wegen eines Rockertreffens in Cottbus und dem Polizeieinsatz an der deutsch-polnischen Grenze schlicht ausgebucht gewesen, so Nestler weiter.

Woidke wollte dies nicht gelten lassen. Im Falle eines Verbots hätten Kräfte aus Cottbus abgezogen und Einsatzeinheiten aus anderen Bundesländern nach Scharfenbrück geholt werden können, wollte er klargestellt wissen. "Da diese Entscheidung der Bürgermeisterin erfolgte, wurden diese Maßnahmen nicht ergriffen", betonte Woidke. "Ich weiß, was man mir vor Ort gesagt hat.

Ich bleibe dabei", zeigte sich Nestler überaus enttäuscht. "Es wäre besser und ehrlicher gewesen, sich einzugestehen, dass die Polizei des Landes Brandenburg schon mit dem gegenwärtigen Personalbestand nicht in der Lage ist, mehrere polizeiliche Großlagen zu bewältigen", erklärte CDU-Abgeordneter Danny Eichelbaum. Wenn drei von vier Hundertschaften an der Grenze stehen, dann fehlen sie an anderen Orten, ergänzte Fraktionskollege Björn Lakenmacher. Georg-Stefan Russew

Quelle: Schweriner Volkszeitung, 22.09.2012

Alle Seen müssen durch den Ausschuss - Landtag berät über das weitere Vorgehen nach Gewässerkauf / Kritik an CDU-Verhandlungen

Der Potsdamer Landtag begrüßt den geplanten Ankauf von 65 Seen aus dem Bestand des Bundes. Die Seen müssten öffentlich zugänglich bleiben, waren sich alle Fraktionen am Donnerstag einig. Durch den Ankauf werde eine Privatisierung verhindert.

Fast ganz allein saß Gregor Beyer im Plenarsaal, in der Hand einen großen Rotstift. Kurz vor Beginn der von der Linkspartei beantragten aktuellen Stunde zur Seenprivatisierung hatte der Landesvorsitzende der Brandenburger FDP erfahren, dass er seine Rede umplanen muss: Vertreter von SPD und Linkspartei kündigten dem Liberalen an, dass sie einen Entschließungsantrag seiner Fraktion übernehmen wollen. Denn im Zentrum der Debatte stand gestern die Frage, was nun aus den 65 für 3,74 Millionen Euro vom Bund erworbenen und 17 aus dem Preußenvermögen übernommenen Gewässern werden soll.

"Es sind verschiedene Optionen denkbar", sagte Michael Luthardt von der Linkspartei. See- und Uferflächen, an denen ein kommunales Interesse bestehe, könnten an die Kommunen übergeben werden, denkbar sei auch ein Verbleib beim Land, dem Landesbetrieb Forst Brandenburg oder eine Übergabe an die Stiftung Naturschutzfonds Brandenburg. "Die eigentliche Arbeit beginnt jetzt erst", sagt Beyer. "Die Arbeit besteht darin, jetzt sicherzustellen, an wen die Seen übertragen werden."

Der am Ende von FDP und Regierungskoalition gemeinsam beschlossene Antrag sieht ein Mitspracherecht des Umweltausschusses, des Landwirtschaftsausschusses und des Haushaltsausschusses bei jedem einzelnen Gewässer vor, während ein Antrag der Grünen vorsah, die Steckbriefe aller 140 zum Verkauf stehenden Seen zu veröffentlichen und eine Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit wenigstens im bisherigen Maße zu gewährleisten. "Wir setzen uns mit dem vorliegenden Entschließungsantrag daher für einen generellen Privatisierungsstopp ein", sagte der umweltpolitische Sprecher der Grünen, Michael Jungclaus, im Plenum.

Hingegen betonte die Unionsfraktion vor allem die eigene Rolle bei der Seenprivatisierung. Während sich der Landtag 2009 noch für eine kostenlose Übertragung der Seen ausgesprochen hatte, berichtete der CDU-Generalsekretär Dieter Dombrowski in der Debatte von Gesprächen, die er, Danny Eichelbaum, Katherina Reiche und der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter, über einen Verkauf der Seen geführt haben. "Während die Regierung die Seen kostenlos wollte, hat die CDU gehandelt", sagte Dombrowski. "Sonst hätte Brandenburg keinen einzigen See erhalten. "So ist das mit den Realitäten."

Diese Steilvorlage freilich ließ sich die Koalition nicht nehmen: "Jetzt wurde dargestellt, wer der eigentliche Verursacher ist", sagte die Lausitzer Landtagsabgeordnete Martina Gregor-Ness. Und auch Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger (SPD) betonte, dass die Parallelverhandlungen der CDU für das Land nicht hilfreich gewesen seien: "Es wurden 3,4 Millionen Euro überwiesen – nun tickt die Schuldenuhr des Landes schneller, und die des Bundes langsamer."

Quelle: Lausitzer Rundschau, 31.08.2012

Gesundes Frühstück für die Abc-Schützen - Danny Eichelbaum verteilt Bio-Brotboxen an Erstklässler in Blankensee

„Hmm, hier ist Körnerbrot drin, das rieche ich sofort“, stellte Finn gestern fest, nachdem er die gelbe Bio-Brotbox geöffnet hatte. Zwar war das Brot noch eingewickelt, doch auf die gute Nase des Erstklässlers ist Verlass. Einige Mitschüler nutzten die Gelegenheit, um in die knackige Mohrrübe zu beißen. Andere erkundeten den Inhalt der Box, in der sich noch Cornflakes mit Honig, Sanddorntee, Tomatenbrotaufstrich und ein Getränk befanden.

„Wer hat denn heute morgen gefrühstückt?“, fragte der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum in die Runde und alle Finger schnellten in die Höhe. Der Politiker ist in diesem Jahr Pate des bundesweiten Projektes, das seit Jahren für ein ausgewogenes Schüler-Frühstück wirbt. Und natürlich wollte er wissen, was die Kinder zu Hause gegessen hatten. „Toastbrot mit Marmelade, Cornflakes mit Milch“, antworteten die Mädchen und Jungen. „Das hört sich alles recht gut an. Gesunde Ernährung ist wichtig, nur dann kann man auch gute Leistungen bringen“, so Eichelbaum.

Ais die Kinder den Inhalt ihrer Brot-Box aufessen konnten, mussten sie sich noch eine Unterrichtsstunde gedulden, denn an der Schule wurden die Pausenzeiten verändert. „Gefrühstückt wird jetzt nach der ersten Stunde. Alle Kinder bleiben im Raum. Bisher haben die Kinder die Frühstückspause auf dem Schulhof verbracht. „Wir haben festgestellt dass die meisten Kinder nur umhergetobt sind, aber nicht gegessen und getrunken haben“, sagte Schulleiterin Sabine Fröhlich.



Am Nachmittag kam Eichelbaum noch einmal. Er informierte sich bei Lehrern und der Stadt Trebbin als Schulträger, wo der Schuh drückt. „Blankensee gehört zu den Schulen mit Vorbildcharakter. Eltern, Lehrer und Schulträger arbeiten gut zusammen“, resümierte Eichelbaum. Von den 450 eingestellten Lehrern im Land Brandenburg ist kein einziger für Blankensee vorgesehen. Auch das Thema Inklusion, das bis 2015 umgesetzt werden soll, wurde gestern angesprochen. „Dafür gibt es in Blankensee nicht die entsprechenden Fachkräfte“, stellt Eichelbaum fest.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 15.08.2012



Kranzniederlegung der CDU in Heinersdorf zum Gedenken an die Mauertoten am 13.08.2012

„Kindswohl grundgefährdet!“ - Biker protestierten bei Sternfahrt gegen Streichung von Mitteln für Radwegbau

Hintergrund der Sternfahrt war die Streichung des 2009 vertraglich vom Landesbetrieb Straßenwesen zugesagten Baus von Radwegen zwischen Sperenberg und Kummersdorf-Alexanderdorf sowie zwischen Sperenberg und Klausdorf.

Es war ein Bild, wie man es nicht alle Tage sieht: Hunderte Meter lang zogen sich die Radler-Kolonnen die Straßen aus allen Richtungen gen Klausdorf entlang. Ob im sportiv-atmungsaktiven Biker-Outfit oder ganz lässig in Jeans und T-Shirt, ob mit Luftballons an der Lenkerstange oder mit den noch eingerollten Transparenten im Gepäck: Jung und Alt schwangen sich auf ihre Drahtesel, um der Landesregierung den Marsch zu blasen.

„Schade, dass sich unser Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger diesen Anblick hat entgehen lassen“, kommentierte eine Klausdorferin die Szenerie. Wie alle geladenen Landesregierungspolitiker hatte er aus Termingründen seine Teilnahme abgesagt.

Fast ebenso so lang wie die Radler-Kolonnen nahm sich die Schlange vor den Unterschriften-Blättern aus, auf denen man die Einhaltung des Radweg-Versprechens einfordern konnte.

„Ich hätte ja nicht gedacht, dass noch was passiert“, freute sich Petra Bohnert aus Kummersdorf-Alexanderdorf über die Teilnehmermassen. „Jetzt kann ich endlich wieder optimistisch sein!“ Auch Erina Sanz aus Saalow hofft, dass die Sternfahrt nicht ganz umsonst war. Ihre beiden Kinder gehen in die Grundschule Mellensee. „Ich fühle mich meist gezwungen, sie mit dem Auto dorthin zu chauffieren“, so Sanz. „Bei den vielen rücksichtslosen Pkw-Fahrern wird mir sonst Angst und Bange, wenn die an meinen radelnden Kindern vorbeirauschen“.

Ähnlich sieht es auch Kerstin Lemke, Elternsprecherin der Anne-Frank-Grundschule in Sperenberg. „Wir brauchen diesen Radweg“, ist sie überzeugt. Bereits 2008 hatte sie eine Interessensgemeinschaft ins Leben gerufen, die sich für den Bau einsetzte und bei Verkehrszählungen durchschnittlich 400 Pkws und Motorräder sowie 40 Lkws in der für Schulkinder wichtigen Zeit von 6 bis 8 Uhr und von 12 bis 15 Uhr registrierte.

Dass die beiden später zugesicherten Radwege aus haushaltspolitischen Gründen nicht gebaut werden sollen, will auch Frank Broshog, Bürgermeister der Gemeinde Am Mellensee (parteilos), nicht einfach so hinnehmen. Überwältigt von der großen Resonanz begrüßte er die zahlreichen Pedalritter zur Kundgebung auf der Klausdorfer Festwiese: „Euer Engagement stärkt mir den Rücken! Dass ein unterschriebener Vertrag zu erfüllen ist, dafür werde ich auch weiterhin mit aller Macht kämpfen!“ Die Aussage des Landes, es liege kein Baurecht vor, rügte er als „Ausrede“: „Das ist schlicht nicht wahr: Baurecht liegt überall entlang der geplanten Radwege komplett vor!“

Außer Broshog und Maik Tscherwinka, dem Kinder- und Jugendschutzbeauftragten der Gemeinde, nutzten auch weitere Politiker die große Bühne. Neben Vertretern der Partei Die Linke und den Grünen wettete auch Danny Eichelbaum, CDU-Landtagsabgeordneter, dass die Fahrradwege und damit die Verkehrssicherheit von Schulkindern nicht „auf dem Altar der Haushaltskonsolidierung geopfert werden“ dürften. Das Kindswohl, so Eichelbaum, sei „grundgefährdet“.

Der Kreisverband der Piratenpartei TF kündigte an, er habe einen Antrag zum Ausbau der Radwege ausgearbeitet, den er beim Landesparteitag kommende Woche in Eberswalde vorstellen wolle. Und Landtagsabgeordneter Christoph Schulze (SPD), der im Profi-Rad-Dress die Etappe Zossen-Klausdorf mittrampelte, bezeugte: „Auf der ganzen Strecke kein einziger Radweg, da wurde selbst mir als Erwachsenen bei den schnell vorbeizischenden Pkws mitunter ganz schön mulmig!“ (Von Andrea Keil)

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 13.08.2012



Einweihung des
Erweiterungsbaues des
Technikmuseums Ludwigsfelde
am 11.09.2012



Logistiktag des
Unternehmerverbandes
Brandenburg in
Ludwigsfelde am
14.09.2012

Enttäuscht, aber nicht überrascht - Flughafen BER: Erste Reaktionen auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

Als „niederschmetternd“ bezeichnet Robert Nicolai aus Rangsdorf das gestrige Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Es hat die Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss des Flughafens Berlin Brandenburg zurückgewiesen. Für Nicolai, Sprecher der Rangsdorfer Bürgerinitiative Schallschutz (Biss), bedeutet das, dass er genau dort, wo er einst baute und wo er sich sicher war, dort nicht vom Fluglärm betroffen zu sein, nun doch die Flugzeuge von unten betrachten müsse, wenn sie gen Süden abknicken anstatt geradeaus weiterzufliegen, wie es die Flughafengesellschaft damals verbreitet hatte.

Nicolai, der als Prozessbeteiligter selbst bei der gestrigen Urteilsverkündung in Leipzig zugegen war, ärgert sich darüber, dass das Gericht eine Täuschung der Betroffenen nicht sehen will und dem Infrastrukturministerium lediglich ins Stammbuch geschrieben hat, dass die Vorläufigkeit der Prognose den Bürgern hätte deutlicher gemacht werden müssen. „Wir warten jetzt auf die schriftliche Urteilsbegründung“, so Nicolai, „und werden überprüfen, was den Gang nach Karlsruhe rechtfertigt.“

Eine Beschwerde zahlreicher Bürgerinitiativen und von Mitgliedern des Bürgervereins Brandenburg Berlin (BVBB) liegt schon seit Februar dem Bundesverfassungsgericht vor. Der BVBB ist sich nach den Worten seines Pressesprechers Kristian-Peter Stange sicher, dass die gestrige Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht und durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nicht standhalten wird. Mit seinem Urteil habe Leipzig die „arglistige Täuschung“ der Bewohner „nachträglich legalisiert“.

Das sieht auch der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum so: „Das Brandenburger Infrastrukturministerium als zuständige Planfeststellungsbehörde hat viele Anwohner des Flughafens hinters Licht geführt.“ Er hätte sich „im Interesse der Anwohner des BER ein neues Genehmigungsverfahren gewünscht“, sagt Eichelbaum.

Die Anwohnerin Sigrid Zentgraf-Gerlach, Sprecherin der Bürgerinitiative Mahlower Schriftstellerviertel (Bims), sieht das vom Standort ihres Wohnhauses etwas anders. Sie hält es zwar für bedauerlich, „dass man den Planfeststellungsbeschluss nicht auf andere Füße gestellt hat“, weiß aber, dass bei einem parallelen Geradeausabflug Blankenfelde-Mahlow doppelt belastet würde, weil schon der Anflug parallel verläuft. Da nun aber durch das Urteil unabhängige Parallelstarts bestätigt wurden, könne der Flughafen mehr wachsen als ihr lieb ist, so Zentgraf-Gerlach.

Ludwigsfeldes Bürgermeister Frank Gerhard (SPD) begrüßt dagegen das Urteil: „Für uns sind abknickende Flugrouten eine Entlastung.“ Für ihn sei die Luftverkehrssicherheit ohnehin oberster Maßstab. Seinen Großbeerener Amtskollegen Carl Ahlgrimm (parteilos) wundert die Gerichtsentscheidung gar nicht. Als Schutzgemeinschaft der Umlandgemeinden habe man bei deren Verfahren gegen den Planfeststellungsbeschluss schon all die Argumente vorgebracht. „Leider sind laut gegenwärtiger Rechtslage das Baurecht am Boden und die luftverkehrsrechtliche Festlegung der Flugrouten zwei völlig unterschiedliche Paar Schuhe“, so der Vorsitzende der Schutzgemeinschaft. (Von Hartmut F. Reck)

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 01.08.2012

Amtsgerichte werden bald barrierefrei - Umbauarbeiten in Luckenwalde und Zossen geplant

Kaum zu glauben, aber wahr, die beiden Amtsgerichte in Luckenwalde und Zossen waren bisher noch nicht barrierefrei.

Am 21. Mai 2012 besichtigte der Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Luckenwalde das Amtsgericht Luckenwalde. Bei der Besichtigung wurden zahlreiche Hindernisse für Behinderte, ältere Bürger und Eltern mit Kindern festgestellt. So befinden sich im Amtsgericht Luckenwalde kein behindertengerechter Eingang, keine behindertengerechte Parkplätze, keine Behindertentoilette, kein Fahrstuhl und keine Handläufe beim Gebäudeeingang.

Mit der Bitte um Abhilfe wandte sich die stellvertretende Vorsitzende des Senioren- und Behindertenbeirates der Stadt Luckenwalde und Luckenwalder Stadtverordnete Eveline Kirschk im Juni diesen Jahres an den Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Landtages Brandenburg, Danny Eichelbaum.

Umgehend wandte sich der CDU-Landtagsabgeordnete am 21. Juni 2012 mit einer parlamentarischen Anfrage an Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg, um eine schnelle Lösung herbeizuführen.

„Schließlich hat sich die Landesregierung im Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket für das Land Brandenburg zur Herstellung der Barrierefreiheit von Gebäuden und Liegenschaften des Landes verpflichtet.“, so Danny Eichelbaum.

Und prompt teilte der Justizminister mit, dass das Amtsgericht Luckenwalde im 4. Quartal diesen Jahres und das Amtsgericht Zossen im nächsten Jahr barrierefrei umgestaltet werden sollen. Die Baukosten belaufen sich in Luckenwalde auf 400.000 Euro und in Zossen auf 45.000 Euro.

Im Amtsgericht Luckenwalde sollen nun ein behindertenpolitischer Personenaufzug, ein Behindertenparkplatz, eine behindertengerechte Zuwegung zwischen Parkplatz und Aufzug sowie ein Behinderten WC geschaffen werden. „Das ist eine gute Nachricht für behinderte und ältere Mitbürger in Luckenwalde und Zossen. Aber eigentlich sollte die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden eine Selbstverständlichkeit sein.“, so Danny Eichelbaum.

Quelle: Blickpunkt, 28.07.2012



Sommertour der CDU Landtagsfraktion:
Stadtwerke Ludwigsfelde am 17.08.2012

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Gebietsreform: Gemeinden winken ab - Kommunen wollen ihre Eigenständigkeit behalten

Mit Kopfschütteln reagieren die Bürgermeister der Region auf die Vorschläge aus der Landes-SPD, einige Landkreise zusammenzulegen und größere Gemeinden zu bilden (MAZ berichtete am Samstag). Die Grenzen des Landkreises Teltow-Fläming bleiben dabei zwar unberührt, aber Großbeeren und Ludwigsfelde sollen zusammengelegt werden ebenso wie Blankenfelde-Mahlow und Rangsdorf. Auch Zossen, Baruth und Am Mellensee sollen eins werden.

Als erstes reagierte die Opposition. Der CDU-Kreisvorsitzende Danny Eichelbaum bezeichnet die Vorschläge als „unausgegoren und lebensfremd“. Die Pläne für die Gemeindefusion gingen zu weit. So hätten gerade die Gemeinden im Berliner Speckgürtel „eigene Wachstums- und Entwicklungspotenziale“.

Das sieht Uwe Fischer, stellvertretender Bürgermeister von Großbeeren, für seinen Ort auch so. „Wir haben hier doch bewiesen, dass wir gut auf eigenen Beinen stehen können“, sagt er mit Blick auf den heftigen Kampf der Großbeerener um ihre Eigenständigkeit vor der letzten Gemeindegebietsreform.

„Bürgernah ist das alles nicht“, meint Rangsdorfs Bürgermeister Klaus Rocher (FDP). Rangsdorf und Blankenfelde-Mahlow hätten gemeinsam ja noch eine überschaubare geographische Größe, aber die ländlichen Gemeinden bekämen dann ja ein Ausmaß, das dem der Altkreise in den 1950-er Jahren entsprechen würde.

Diese ganze Diskussion finde viel zu spät statt, meint Zossens Bürgermeisterin Michaela Schreiber (Plan B). Bei der letzten Gebietsreform vor zehn Jahren habe man sich noch nicht getraut, solche Dimensionen durchzusetzen. „Alle Kommunen hatten damit zu tun, sich an die neue Struktur zu gewöhnen“, meint Schreiber. „Wir in Zossen haben fünf Jahre gebraucht, um eine Gemeinschaft zu bilden, während sich auch Baruth und Am Mellensee stabilisiert und funktionierende Verwaltungen gebildet haben.“ Jetzt wäre es unsinnig, zumal Am Mellensee gerade ein eigenes Rathaus gebaut habe.

„Und was ist mit Trebbin?“, fragt Ludwigsfeldes Bürgermeister Frank Gerhard, der als SPD-Kreisvorsitzender am Samstag wegen des Landesparteitags in Luckenwalde nicht genügend Zeit hatte, die MAZ näher zu studieren. Denn Trebbin scheint ihm als Fusionspartner offensichtlich lieber zu sein als Großbeeren, zumal man kommunalpolitisch enger kooperiere wie in den Bereichen Wasser und Abwasser und als gemeinsame Bioenergieregion. Trotzdem hält Gerhard nicht viel von den Vorschlägen aus den eigenen Reihen. „Wir reden hier über Menschen, und die erleben Demokratie unmittelbar vor Ort.“ Auch müsse man die „Frustrationskosten“ mit berechnen, „nämlich die Auswirkungen solcher künstlichen Großgemeinden auf das ehrenamtliche Engagement“, so Gerhard.

Ortwin Baier, SPD-Bürgermeister von Blankenfelde-Mahlow, wird bei solchen Vorschlägen aus seiner eigenen Partei etwas sarkastisch: „Warum nicht mit Schönefeld zusammen? Wenn wir schon den Lärmterror des Flughafens ertragen müssen, dann würden wir so wenigstens an den Gewerbesteuererinnahmen beteiligt!“ Ansonsten meint er, dass seine Gemeinde groß genug sei.

„Fusion bedeutet immer Verlust von Bürgernähe und Identität“, sagt Trebbins Bürgermeister Thomas Berger (CDU). „Das kann man den Bürgern nicht alle zehn Jahre zumuten.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 25.09.2012

Musik: Vorwurf des Extremismus

Das Konzert gegen Rechtsextremismus „Dahme zeigt Gesicht“ im vorigen Jahr wird weiterhin als „Plattform für linksextremistische Hass-Musik“ eingeschätzt. Das Innenministerium bekräftigte die Haltung der Landesregierung auf eine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum.

In Dahme waren die Bands „Bums“ und „Daily Terroristen“ aufgetreten, „deren Repertoire antidemokratische und gewaltverherrlichende Texte umfasst“, so das Ministerium. Diese Erkenntnis sei vom Verfassungsschutz „im Internet recherchiert“ worden. Laut Veranstalter haben sich die Bands von ihren alten Texten distanziert. Zu einem angekündigten Gespräch über die Vorwürfe gegen das Konzert ist es bislang nicht gekommen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 21.09.2012

Peer Giesecke erklärt sich

Nach Informationen des RBB hat der Landrat von Teltow-Fläming, Peer Giesecke (SPD), am Montag im Kreistag zu den Vorwürfen der Vorteilsnahme und Untreue Stellung genommen. Dazu heißt es in der Online-Ausgabe des Senders: „Der SPD Politiker entschuldigte sich am Montagabend für seine Fehler. Er akzeptiere den Strafbefehl und werde seine Zukunft in die Hände des Kreistags legen. Von einem Rücktritt sprach der Landrat aber nicht.“

Die CDU zeigte sich jedoch überzeugt davon, dass Giesecke noch abgewählt wird. Er glaube nicht, dass der Landrat weiterhin im Amt bleiben könne, sagte der CDU-Kreischef und Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum am Dienstag dem RBB. Zunächst wolle die CDU das strafrechtliche Verfahren abwarten, das noch nicht rechtskräftig sei. Er gehe aber davon aus, dass die Kreiskoalition aus SPD, Linken, FDP und Grünen dann einen Abwahleintrag einbringt, so Eichelbaum. Dem werde sich die CDU nicht verschließen. - Die Staatsanwaltschaft Neuruppin hat einen Strafbefehl gegen Giesecke beantragt. Dem Landrat drohen eine zehnmonatige Bewährungsstrafe und eine Geldbuße von 8.000 Euro. Giesecke soll u.a. einem Investor dabei geholfen haben, ein denkmalgeschütztes Gebäude abreißen zu lassen, und dafür Gegenleistungen bekommen haben.“

Quelle: Wochenspiegel Zossen/Ludwigsfelde, 12.09.2012



Jüterboger
Fürstentag
am
08.09.2012

Abschied vom Integrierer - Michael Dederichs gibt das Kommando in Holzdorf an Franz Sauerborn weiter

Tief über die Augen hatte Michael Dederichs seine blaue Uniformmütze gezogen. Vielleicht machte er es immer so, vielleicht wollte er mit dem Schatten die ein oder andere Träne kaschieren. Denn der Oberst gab gestern schweren Herzens das Kommando über den Einsatzführungsbereich 3 und zugleich sein Amt als Standortältester am Fliegerhorst in Holzdorf ab. „Diese Rede ist eine meiner schwersten Reden“, sagte Dederichs, der am 15. August 60 Jahre alt wurde und in den Ruhestand geht.

Sechs Jahre lang war er der ranghöchste Offizier in Holzdorf. Maßgeblich sorgte er dafür, dass sich der Militärstandort in seine (zivile) Nachbarschaft eingefügt hat. Dafür sorgte vor allem die Verbindung zum Städtebund Elbe-Elsteraue der Kommunen rund um den grenzübergreifenden Fliegerhorst. Jüngst wurde Dederichs zum Ehrenmitglied ernannt. Ganz verlassen wird der die Region nicht. Er wohnt mit seiner Frau in Berlin-Köpenick.

Punkt 14.45 Uhr übernahm Oberst Franz Sauerborn das Kommando der Truppe, die für einen sicheren Luftraum über Deutschland und in Einsatzgebieten sorgt. Der 47-Jährige stammt aus Bendorf am Rhein und gehört seit 1983 der Luftwaffe an. In seiner Karriere durchlief er Stationen in der Radarüberwachung, an der Bundeswehrakademie und im Verteidigungsministerium.

Den Standort Holzdorf lernte er schon von 2003 bis 2006 kennen, als er die „Einsatzgruppe verlegefähig“ leitete. „Ich hätte es in meinen kühnsten Hoffnungen nicht für möglich gehalten, dass ich als Generalstabsoffizier nochmals für solch eine herausgehobene Truppenführungsverwendung in Betracht gezogen würde“, sagte Sauerborn in seiner ersten Rede vor Soldaten und 270 Gästen der Kommandoübergabe, unter ihnen Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck, Landtagsmitglied Danny Eichelbaum und Jüterbogs Bürgermeister Arne Rau. „In Tradition meines Vorgängers betrachte ich mich als der ‚erste Soldat des Verbandes‘.“

Den Kommandowechsel leitete General Helmut Schütz. Er lobte nicht nur die Führungszeit Dederichs, sondern kündigte er auch „Herausforderungen“ durch die „Neuausrichtung“ der Bundeswehr an. „Auch wenn der Standort Holzdorf erhalten bleibt“, so Schütz, kommen Veränderungen auf die 800 Soldaten des Einsatzführungsbereiches und der gut 1000 weiteren Luftwaffenangehörigen in Holzdorf zu.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 29.08.2012



Ringen 1.Luckenwalder SC
gegen RWG Mömbris
Königshofen in Jüterbog am
23.09.2012

Ein „Aber“ aus Potsdam - Land genehmigt Kreis-Etat - unter Auflagen

Das Innenministerium hat den Haushalt des Kreises genehmigt. Die Reaktionen darauf fallen unterschiedlich aus. Das ist eine „erneute finanzpolitische Backpfeife für den Landkreis“, schlussfolgert die CDU. „Wir sind natürlich heilfroh“, sagte Landrat Peer Giesecke (SPD) gestern gegenüber der MAZ.

Fakt ist, dass das brandenburgische Innenministerium sein Ja zum Haushaltssicherungskonzept (nur das musste genehmigt werden) mit einem großen „Aber“ versieht. So wird zunächst gelobt, dass nach der „dramatischen Entwicklung“ im Vorjahr (2011 genehmigte das Land den Kreishaushalt nicht) nun eine „Trendumkehr“ vorliege. Denn der Kreis hat in dem Haushaltssicherungskonzept immerhin vorgetragen, wie er das Defizit von mittlerweile 30,8 Millionen Euro beseitigen will; außerdem sollen in diesem Jahr keine neuen Schulden gemacht werden.

Dennoch urteilt das Land, dass das Konzept „unzureichend“ ist und dass die Sparmaßnahmen „nicht detailliert“ untersetzt sind. Deshalb gebe es auch „erhebliche kommunalrechtliche Bedenken“. Angesichts möglicher Nachteile bei einem Nein aus Potsdam habe man sich aber entschieden, „unter strengen Auflagen“, die Genehmigung zu erteilen.

Zehn Punkte umfasst dieser Auflagen-Teil. Unter anderem wird damit der Landkreis aufgefordert, „alle zusätzlichen Erträge“ zur Reduzierung des Fehlbetrags zu verwenden. „Entgeltfinanzierte Einrichtungen“ (wie Museen, Volkshochschule) sollen überprüft werden – auf eine Erhöhung der Erträge, im Klartext: auf Gebührenerhöhungen. Die freiwilligen Leistungen sollen nur noch 2,5 Prozent des Ergebnishaushalts ausmachen; auch die

„Angemessenheit der Kreisumlage“ – also eine mögliche weitere Erhöhung – ist ebenfalls zu prüfen. Über die „tägliche Entwicklung des Zahlungsmittelbestands“ soll monatlich berichtet werden; zu Sparbemühungen rund um die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft quartalsweise. Zudem müsse der „Personalaufwand“ reduziert werden.

Die Kritik setzt sich noch fort. So wird bemängelt, dass das Haushaltssicherungskonzept außer der geplanten Kreisumlagerhöhung im Jahr 2013 um einen weiteren Prozentpunkt „keine belastbaren einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen“ enthält. Das Vorhaben, ab 2013 pro Jahr sechs Millionen Euro zu sparen, sei „ehrgeizig“, aber nicht durch „detaillierte Einzelmaßnahmen“ untersetzt. Schon im vergangenen Jahr seien „wesentliche“ Spar-Maßnahmen nur angekündigt, aber nicht umgesetzt worden.

Für die CDU steht damit fest, dass ihre immer wieder vorgetragene Haushaltskritik berechtigt ist. Das Schreiben aus Potsdam zeige, „dass nicht nur kein politische Sparwille existiert, sondern auch handwerkliche Fehler im Haushaltssicherungskonzept vorhanden sind“, urteilt der CDU-Kreistagsabgeordnete Dirk Steinhausen. „Der Kreis ist auf lange Sicht nicht mehr investitionsfähig“, sagt sein Parteifreund Hermann Kühnapfel. Und für Kreischef Danny Eichelbaum ist klar, dass der Landkreis über seine Verhältnisse lebt. Je länger das dauere, „desto tiefer und schmerzvoller werden die Einschnitte für die Bürger werden“, unkt er. Und: „Dem Landrat und seiner Kreiskoalition fehlt der finanzpolitische Kompass.“

Giesecke erschüttert das nicht. „Wir akzeptieren die Hinweise und Auflagen.“ Wenn man sich diese angucke, stelle man ohnehin fest, dass darüber bereits diskutiert wurde. Dass die Sparvorhaben reichlich unkonkret sind, räumt er ein. Dafür habe man die AG zur Haushaltskonsolidierung ins Leben gerufen – und will jetzt externe Berater nutzen, die schauen, wo man bei Personal- und Sachkosten sparen kann. Wobei sich laut Giesecke kein Mitarbeiter der Kreisverwaltung um seinen Job sorgen muss. „Wir müssen vielleicht 50 bis 100 Stellen einsparen, aber uns verlassen altersbedingt in den nächsten Jahren 500 – das ist kein Problem.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 12.07.2012



Infoveranstaltung mit der CDU-
Bundestagsabgeordneten
Andrea Voßhoff in Jüterbog
am 27.08.2012

Nachrichten aus dem Landtag

CDU möchte Kriminelle elektronisch fesseln - Nach einer Anhörung im Hauptausschuss des Landtages

Allein für die Überwachung eines einzigen aus der Sicherungsverwahrung entlassenen Straftäters seien in Brandenburg 20 Polizeibeamte notwendig, erläutert die CDU. Der Einsatz elektronischer Fußfesseln könnte Kosten sparen und personelle Ressourcen schonen.

Gestern gab es im Hauptausschuss des Landtages eine Anhörung dazu, ob sich Brandenburg an der gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Bundesländer beteiligen sollte.

Mit der Fußfessel lasse sich effektiv überwachen, ob sich entlassene Kriminelle an gerichtliche Weisungen halten und beispielsweise Schulen und Kindergärten nicht betreten, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Dieter Dombrowski nach der Anhörung.

»Wir haben Justizminister Volkmar Schöneburg (LINKE) mehrfach aufgefordert, endlich die rechtlichen Voraussetzungen für die Überwachung von entlassenen gefährlichen Schwer- und Sexualverbrechern zu schaffen«, sagte der CDU-Abgeordnete Danny Eichelbaum. Der Justizminister habe sich jedoch lieber mit Träumen vom Hafturlaub beschäftigt.

Für den SPD-Abgeordneten Mike Bischoff ist bei der Anhörung herausgekommen, dass die Polizei durch die Verwendung der Fußfesseln im Falle eines Verstoßes gegen einen richterlichen Beschluss viel schneller eingreifen und ein mögliches Opfer schützen kann.

Bedenken wegen des Datenschutzes hegt der Politiker nicht. Er meint auch, dass bei einer konkreten Gefährdung der Schutz der Opfer oberste Priorität genießen müsste.

»Die elektronische Aufenthaltsüberwachung ist bundesgesetzlich vorgesehen«, stellte der Innenexperte der Linksfraktion, Hans-Jürgen Scharfenberg, nüchtern fest. »Deshalb muss das Land Brandenburg diese Regelung umsetzen, auch wenn sie voraussichtlich nur in wenigen Fällen zur Anwendung kommen wird.« Der vorgeschlagene Weg, sich der gemeinsamen Überwachungsstelle der Länder anzuschließen, sei der beste und günstigste, befand Scharfenberg. Die Angehörten haben nach Darstellung des Innenexperten aber auch klar gemacht, dass sich mit der Fußfessel »ein umfassender Schutz nicht erreichen lässt«. Darum komme es darauf an, »bereits im Strafvollzug die Bemühungen für eine Resozialisierung deutlich zu verstärken«, um Rückfälle besser zu verhindern. Dazu leiste der kürzlich veröffentlichte Entwurf eines Justizvollzugsgesetzes - mit dem sich die CDU-Fraktion etwa wegen des Gedankens eines früher möglichen Hafturlaubs so schwer anfreunden kann - »einen wesentlichen Beitrag«, betonte Hans-Jürgen Scharfenberg. Die CDU ist indessen kein vorbehaltloser Freund der elektronischen Fußfessel. Die Fessel dürfe nicht als Ersatz für Freiheitsstrafen eingesetzt werden, verlangen die Konservativen. Der beste Schutz sei noch immer das Wegsperrern von gefährlichen Schwerverbrechern und Sexualstraftätern. »Wer zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wird, muss diese auch verbüßen«, forderte der CDU-Politiker Eichelbaum.

Die elektronische Fußfessel ist mit Wirkung zum 1. Januar 2011 ins Strafgesetzbuch aufgenommen wurden. Nur in Brandenburg dürfen Richter dieses Mittel noch nicht benutzen, klagt die CDU.

Quelle: Neues Deutschland, 20.09.2012

Schöneburgs gewagte Gefängnisreform

Der getürmte Mörder ist gefasst. Brandenburgs Justizminister setzt weiter auf liberalen Strafvollzug, wie Grüne und FDP. Auch SPD und Linke?

Potsdam - Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) will an seinen Plänen für einen liberaleren, stärker auf Resozialisierung ausgerichteten Strafvollzug im Land festhalten. Das betonte Schöneburg am Mittwoch am Rande des Landtages gegenüber den PNN. Zuvor hatte die oppositionelle CDU-Fraktion einen sofortigen Stopp des Gesetzesentwurfs gefordert und dies ausdrücklich auch mit der jüngsten Flucht eines 21-jährigen Mörders aus dem offenen Vollzug der Haftanstalt Wriezen begründet. Der Mann, der nach einer angekündigten Verlegung in den geschlossenen Teil der Anstalt am Montag aus einem Fenster geflüchtet war, wurde am Mittwochnachmittag wieder gefasst. Und zwar, wie das Justizministerium bestätigte, in einer leerstehenden Wohnung nahe der Wohnung seiner Großeltern in Frankfurt (Oder).

Der Mann war 2008 verurteilt worden, weil er als 16-Jähriger mit einem Komplizen einen Obdachlosen in einem Park in Frankfurt getötet hatte. Er sollte 2013 wegen einer guten Prognose vorzeitig entlassen werden. Man werde denn Fall gründlich auswerten, ob daraus Konsequenzen gezogen werden müssen, kündigte Schöneburg an.

Die Debatte im Landtag um die Pläne des Justizministers, die eine Ausweitung des offenen Vollzuges und Hafterleichterungen auch für Schwerverbrecher vorsehen, geht ungeachtet des Falls erst richtig los: Schöneburg nannte es unseriös, dass die CDU einen Zusammenhang zwischen der Flucht des 21-Jährigen zu seinem aktuellen Gesetzesvorhaben gezogen habe. Bei dem Mann sei das gleiche Reglement angewandt worden, das schon zu Zeiten der früheren CDU-Justizministerin Beate Blechinger gegolten habe, sagte Schöneburg. „Es gibt keinen Zusammenhang.“ Zudem gehe es jetzt, wie auch künftig, immer um verantwortungsvolle Entscheidungen im Einzelfall und eine gründliche Risikoabwägung, wer in den offenen Vollzug komme und wem Erleichterungen gewährt werden. Schöneburg setzt darauf, dass mehr Resozialisierung die Rückfallgefahr senkt – und damit die Sicherheit der Bevölkerung erhöht.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU, Danny Eichelbaum, warnt hingegen, dass „mehr offener Vollzug“ zu mehr Ausbrüchen gefährlicher Gewalttäter führe. Dafür gibt es keinerlei Beleg, widersprach Schöneburg. Er verwies darauf, dass offener Vollzug schon jetzt gängige Praxis sei. Nach der Flucht-Statistik des Justizministeriums hat es in den letzten drei Jahren der SPD/CDU-Koalition zwischen 2007 und 2009 acht Entweichungen aus dem offenen Vollzug gegeben, in den rot-roten Regierungsjahren 2010, 2011 und bisher in 2012 insgesamt neun, womit das Niveau etwa gleich blieb. Während „Ausführungen“, die gesondert gezählt werden, türmten von 2007 bis 2009 zwei Häftlinge, von 2010 bis jetzt einer. Ausbrüche aus den Gefängnissen selbst hat es seit 2004 keinen einzigen mehr gegeben.

Die politischen Konstellationen im Landtag für die Schöneburg-Pläne sind eher ungewöhnlich. Die CDU lehnt den „täterfreundlichsten“ Strafvollzug Deutschlands strikt ab. Doch auch SPD-Fraktionschef Ralf Holzschuher äußerte sich in einer ersten Reaktion zurückhaltend. Schon ein Vor-Entwurf Schöneburgs war vor einigen Monaten in der SPD auf deutlichen Widerstand gestoßen. „Resozialisierung ist Opferschutz. Es geht nicht um Täterschutz“, sagte Holzschuher. „Der Sühnegedanke muss eine Rolle spielen.“ Aber auch in der eigenen Linke-Fraktion kann Schöneburg nicht hundertprozentig sicher sein. Brandenburgs Bevölkerung gilt als konservativ und sicherheitsorientiert. Auch bei den Linken gibt es Sorge, dass Schöneburg mit unpopulären Hafterleichterungen für schwere Straftäter Wähler verprellen könnte. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die rot-roten Koalitionäre seinen Entwurf wieder verschärfen.

Die größte Unterstützung kann der Linke-Justizminister, der früher Strafverteidiger und Verfassungsrichter war, daher von den Grünen und der FDP erwarten. So begrüßte die rechtspolitische Sprecherin der FDP, die Abgeordnete Linda Teuteberg, dass Schöneburg in dem Gesetzentwurf auf Resozialisierungselemente und eine verstärkte Unterbringung im offenen Vollzug setzt. „Dies ist grundsätzlich der richtige Weg und wird von uns Liberalen unterstützt.“ Die Erkenntnisse aus der Praxis zeigen, „dass die Senkung der Rückfallwahrscheinlichkeit nur durch Resozialisierung und nicht durch Verwahrvollzug erreicht wird“. Daran „kommt niemand vorbei, dem es um rechtsstaatliche Lösungen geht“, sagte Teuteberg. „Gerade die Senkung der Rückfallquote dient der Sicherheit der Bevölkerung“. Statt „populistischer Reflexe“, fügte Teuteberg hinzu, seien „umfassende und sachkundige Beratungen“ im Landtag gefragt.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 30.08.2012



Mit Praktikantin Lisa Wulbusch aus Neuenhagen im Landtag am 19.09.2012



90. Geburtstag unseres CDU-Mitgliedes Herbert Baltzer in Malterhausen am 27.08.2012

Durchs Küchenfenster aus dem Knast - Mörder-Flucht blamiert Brandenburgs Justizminister

Ist Brandenburgs Kuschelgesetz für Schwerverbrecher schon gescheitert, bevor es in Kraft treten kann?

Erst am Wochenende stellte Volkmar Schöneburg (54, Linke) seinen Gesetzentwurf für die Lockerung des Strafvollzugs vor - Knasturlaub für Schwerverbrecher schon nach kurzer Zeit, längere Besuchszeiten, mehr offener Vollzug.

Und einen Tag später flüchtet ein verurteilter Mörder aus dem offenen Vollzug der JVA Wriezen!

EINE BLAMAGE FÜR DEN JUSTIZMINISTER!

Als 16-Jähriger tötete Patryk W. mit einem Komplizen im Lennépark in Frankfurt (Oder) den Obdachlosen Holger U.(49). Sie verprügelten ihn, ließen ihn im Teich ertrinken.

Im April 2008 verurteilte das Landgericht den heute 21-Jährigen zu acht Jahren Knast. Er machte eine Therapie, wurde im vergangenen Juli in den offenen Vollzug verlegt, um eine Gartenbau-Ausbildung zu beenden - ganz nach Schöneburgs Geschmack. Dann schwänzte er den Unterricht, sollte in die geschlossene Abteilung verlegt werden. Und flüchtete vorher am Montag, 15.40 Uhr, durch ein offenes Küchenfenster!

Ronald Pienkny (42), Sprecher des Justizministers, spricht von einem "denkbar ungünstigen Zeitpunkt". Aber der Fall ändere nichts am eingeschlagenen Weg" der Haft-Lockerungen. CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum (38): "Die Erweiterung des offenen Vollzugs muss sofort gestoppt werden. Mehr offener Vollzug bedeutet mehr Gefängnisausbrüche."

Quelle: BILD, 29.08.2012

Immer mehr Gesetze und Vorschriften

Brandenburger müssen sich durch immer mehr Paragrafen kämpfen. Die Zahl der Landesgesetze stieg seit 2009 von 336 auf heute 361, was einem Zuwachs von etwa sieben Prozent entspricht. Bei den Rechtsverordnungen gab es einen Anstieg von 1000 auf heute 1106, also um fast elf Prozent. Das geht aus einer Antwort von Innenminister Dietmar Woidke (SPD) auf eine parlamentarische Anfrage der CDU-Abgeordneten Björn Lakenmacher und Danny Eichelbaum hervor. Eichelbaum kritisierte, dass statt eines Bürokratieabbaus unter der roten Regierung der «Vorschriftenschwungel» noch dichter geworden sei.

Quelle: BILD, 24.08.2012

Justizgewerkschaft sieht dringenden Handlungsbedarf

Mehr Sicherheit in Gerichten Mehr Einlasskontrollen und neue Schleusen sollen die Gerichte im Land sicherer machen. Das neue Konzept des Ministers wird umgesetzt. Der Justizgewerkschaft ist das aber zu wenig.

Brandenburg rüstet auf bei der Sicherheit der Gerichte. Seit Juni sind zwei mobile Sicherheitsteams im Land unterwegs, um abwechselnd an den kleineren Gerichten im Land Einlasskontrollen durchzuführen. Das ist ein Ergebnis des Anfang des Jahres von Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) vorgelegten Sicherheitskonzeptes. Zusammen mit Umbauten im Eingangsbereich der Amtsgerichte Perleberg, Oranienburg und Prenzlau seien an allen Strafgerichten bei Bedarf Einlasskontrollen mit Metalldetektor und Gepäckröntgengerät möglich, so Schöneburg in einer Antwort auf die Anfrage des CDU-Abgeordneten Danny Eichelbaum.

Schon mit Beginn des neuen Jahres soll eine weitere mobile Sicherheitsgruppe mit vier Leuten gebildet werden, um die zeitweisen Kontrollen auszuweiten. Eine vierköpfige Sicherheitsgruppe kostet laut Ministerium pro Jahr knapp 130 000 Euro. Die Umbauten an den drei Amtsgerichten und dem Arbeits- und Sozialgericht Cottbus kosten laut Ministerium rund 1,5 Millionen Euro. Bislang seien 480 000 Euro verbaut. Zusätzlich werden beim Amtsgericht Cottbus und beim Arbeitsgericht Potsdam die Umbauten über Mieten bezahlt. Die vollständige Umsetzung des neuen Sicherheitskonzeptes hänge am Haushaltsplan der kommenden Jahre, so Schöneburg einschränkend.

Für permanente Einlasskontrollen mangelt es an Personal

Hier sieht die Deutsche Justizgewerkschaft im Land Brandenburg dringenden Handlungsbedarf. „Im Landeshaushalt sind gerade einmal 4,6 Prozent der Haushaltsgelder für den Justizbereich vorgesehen“, sagt Landesvorsitzende Sabine Wenzel. „Das ist ein winziges Stück vom Kuchen.“ Werde der Justiz als dritte Gewalt im Staat auch finanziell eine angemessene Bedeutung eingeräumt, könnten permanente Einlasskontrollen an den Gerichten umgesetzt werden, meint Wenzel. Dafür seien neben der Kontrolltechnik aber jeweils zwei zusätzliche Mitarbeiter nötig – ein Mann und eine Frau zur persönlichen Kontrolle. Das diene nicht nur der Sicherheit der Richter und Justizmitarbeiter. „Auch Besucher von Verhandlungen haben ein Recht darauf, unbeschadet wieder nach Hause zu kommen“, sagt Sabine Wenzel klar. Am liebsten wäre der Gewerkschafterin, dass dafür Justizangestellte beschäftigt werden und keine privaten Wachleute.

Ständige Kontrollen mittels Metalldetektor und Gepäckröntgenanlage gibt es laut Justizministerium derzeit am Oberlandesgericht Brandenburg/Havel sowie den Landgerichten Cottbus und Frankfurt (Oder). Auch an den Sozialgerichten werde ständig kontrolliert. Nur bei den Arbeits- und Finanzgerichten finden laut Ministerium mangels Personal keine Einlasskontrollen statt.

Quelle: Nordkurier, 24.08.2012

Sommerfest der Märkischen Allgemeinen auf
Schloß Lindstedt am 08.08.2012



Tauziehen um die Institute - Mögliche Reformpläne machen auch vor der großen Universität Potsdam nicht Halt

Die Jusos in Brandenburg und Politiker der CDU-Landtagsfraktion marschieren derzeit für die Universität Potsdam Arm in Arm. Genau wie die Jusos lehnen der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU, Michael Schierack, und der rechtspolitische Sprecher Danny Eichelbaum eine mögliche Schließung der Juristischen Fakultät ab. Die Politiker reagieren auf eine von der Hochschulstrukturkommission in Gang gesetzte Diskussion über Reformen an der Uni Potsdam.

„Eine Volluniversität wie die in Potsdam benötigt grundsätzlich eine Juristische Fakultät“, sagt Schierack. Er fordert Wissenschaftsministerin Sabine Kunst (parteilos) auf, sich klar zu den Vorschlägen der Hochschulstrukturkommission zu positionieren. Diese hatte vorgeschlagen, die grundständige Juraausbildung an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) zu konzentrieren und in Potsdam lediglich wirtschafts- und kommunalrechtliche Vertiefungsstudiengänge zu belassen. Sein Fraktionskollege Danny Eichelbaum sekundiert: „Die Anmeldezahlen sind hoch, die Fakultät ist bei den Studentinnen und Studenten beliebt, die Universität verfügt über exzellente Lehrkräfte.“ Eine Schließung sei kontraproduktiv.



Mitglieder der Jusos, der Jugendorganisation der SPD, nennen die mögliche Schließung der Fakultät und die Verlagerung der Juristenausbildung nach Frankfurt (Oder) „grundlegend falsch“. Der stete Ruf nach Fachkräften und die gestiegenen Anmeldungen in Brandenburg auf der einen Seite passten nicht zu Schließungsplänen, meint der stellvertretende Juso-Vorsitzende Erik Stohn.

Universitätspräsident Oliver Günther selbst hat schon vor dem Schaden für die Hochschule gewarnt: „Eine Universität braucht eine gewisse Breite im Fächerspektrum, sonst wird sie nicht ernst genommen.“ Günther ist für den Erhalt der Jura in Potsdam wie in Frankfurt.

Ebenfalls um die Zukunft ihres Instituts kämpfen die Informatiker. Nach dem Willen der Hochschulleitung soll es Informatik als eigenständigen Studiengang nicht mehr geben. Die Schließung des Babelsberger Instituts versuchen nun das Personal und die Studenten mit einer Unterschriftenaktion abzuwehren.

Geradezu ermutigt vom Bericht der Hochschulstrukturkommission sieht sich dagegen die Dekanin der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, die Soziologin Theresa Wobbe. „Der Evaluationsbericht ist für uns eine Ermutigung für mehr Zusammenarbeit zwischen den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und für unseren Profilbereich Public Policy und Management“.

Dass, wie der Bericht andeutet, die allgemeine BWL an der Universität Potsdam mittelfristig ihre Existenzberechtigung verlieren könnte, sieht Wobbe überhaupt nicht. „Wir sind durch die 15

Neuberufungen der vergangenen Jahre den Weg der Zusammenarbeit und Profilierung vorangeschritten.“ Auch die neue Graduiertenschule „Vertrackte Probleme“, die im Herbst eröffnet werde, stärke den Profilbereich „Public Management“ und damit die Bedeutung der Potsdamer Wirtschaftswissenschaften in Berlin und Brandenburg.

Das Wissenschaftsministerium selbst lehnt bisher jede Stellungnahme zu dem Bericht der Hochschulkommission ab. Bevor nicht die Vorschläge der Einrichtungen selbst vorlägen, werde es keine Positionierung geben.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 02.08.2012

Brandenburg plant mehr Richter für Soziales - Vor allem das Cottbuser Gericht ist stark belastet / Neue Stellen geplant

Die Brandenburger Sozialgerichte sind überlastet. Minister Volkmars Schöneburg will nun Richter von anderen Gerichten in die Sozialgerichtsbarkeit abordnen – wie auf einem Rangierbahnhof.

Insgesamt elf zusätzliche Richter sollen für Entspannung an den überlasteten Brandenburger Sozialgerichten sorgen. Das kündigte Justizminister Volkmars Schöneburg (Linke) am gestrigen Donnerstag in Potsdam an. Bereits im Frühjahr seien als "kurzfristige Abhilfe" fünf Richter von anderen Gerichten in die Sozialgerichtsbarkeit abgeordnet worden, bis zum Herbst sollen ihnen zwei weitere Richter folgen.

Außerdem sollen vier Proberichterstellen bei den Sozialgerichten geschaffen werden. Dazu sind acht neue Stellen im nicht-richterlichen Bereich geplant. Denn nirgendwo sonst in Deutschland gibt es so viele neue Sozialgerichtsverfahren wie in Brandenburg.

2011 wurden an den vier Standorten in Potsdam, Frankfurt (Oder), Neuruppin und Cottbus mehr als 24 000 Verfahren neu eröffnet. "Vor allem das Sozialgericht in Cottbus ist stark belastet", sagte Schöneburg.

Ursache dafür sei nach Angaben der Präsidentin des Landessozialgerichts, Monika Paulat, das "Geschäftsmodell eines Anwalts" in Großräschen, der sich ausschließlich mit dem Thema Hartz IV befasse. "Das darf er, das ist legitim", so Paulat. "Aber bei dem Gericht sind im vergangenen Jahr Tausende Klagen nur aus dieser einzigen Praxis eingegangen." Daher werde speziell das Cottbuser Sozialgericht nun verstärkt.

Schöneburg kündigte ferner an, sich zusammen mit Sozialminister Günter Baaske (SPD) auch für eine Verbesserung der Verfahren in den Jobcentern einsetzen zu wollen.

Während Klagen bei Sozialgerichten nach Angaben von Paulat in der Regel durchschnittlich in 33 Prozent der Fälle erfolgreich seien, hätten Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide eine Erfolgchance von durchschnittlich 50 Prozent. "Das zeigt, dass es die richtige Strategie ist, bei der Arbeit der Jobcenter anzusetzen", so Schöneburg. Doch die Rahmenbedingungen in der Brandenburger Justiz seien schwierig, und die Kürzungen der nächsten Jahre, die auch die Justiz betreffen, trügen nicht zu einer einfacheren Lage bei.

Der Landtagsopposition indes gehen die Maßnahmen von Schöneburg nicht weit genug. "Es ist ein Schritt in die richtige Richtung", sagt die FDP-Rechtspolitikerin Linda Teuteberg, die vor

Kurzem selbst eine "Kleine Anfrage" zur Situation der Sozialgerichte gestellt und sich darin explizit nach zusätzlichen Stellen erkundigt hatte. "Ich bin aber skeptisch, wie verlässlich das in den bevorstehenden Haushaltsberatungen sein wird."

Und der rechtspolitische Sprecher der CDU, Danny Eichelbaum, sprach von "einem Tropfen auf den heißen Stein" und "Placebo-Maßnahmen" und warf Schöneburg eine "falsche Personalpolitik" vor. "Unter Schöneburgs Verantwortung ist die Anzahl der Beschäftigten in den Sozialgerichten in Brandenburg auch im nichtrichterlichen Bereich auf 105 geschrumpft." In den kommenden Jahren werde das Land finanzielle Mittel in Millionenhöhe für Schadenersatzklagen wegen überlanger Verfahrensdauer bereitstellen müssen. Benjamin Lassiwe

Quelle: Lausitzer Rundschau, 27.07.2012

Klappe zu, Rohr tot - Lose Kabel, baumelnde Deckenklappen, aber die Lüfter saugen: Ein Besuch auf der Flughafenbaustelle in Schönefeld

Es beginnt mit einem Brummen und schwillt an zu einem Dröhnen. Es ist ein Geräusch, das Joachim Korkhaus den Schlaf rauben kann. Der Projektleiter des neuen Schönefelder Flughafens blickt zur Decke der Check-In-Halle, wo in 22 Metern Höhe gerade die Ventilatoren der riesigen Brandschutzanlage des Terminals angelaufen sind. „Der Rauch würde jetzt über das Dach hinaus geblasen. Im Marktplatz nebenan müsste nicht evakuiert werden“, erklärt Korkhaus. Aber so einfach ist das mit der Anlage nicht.

Die Brandenburger CDU-Fraktion hat sich gestern von Korkhaus über die Baustelle führen lassen, die eigentlich keine mehr sein sollte. Weil die Brandschutzanlage nicht funktioniert, war die Eröffnung des Flughafens am 3. Juni kurzfristig abgeblasen worden. Am 17. März 2013 soll der BER endlich ans Netz. Doch dass es bei diesem Termin bleibt, darauf will derzeit niemand eine Wette eingehen. Auch Horst Amann nicht, der Nachfolger des geschassten Technikgeschäftsführers Manfred Körtgen. Er steht offiziell erst ab 1. August im Dienst der Flughafengesellschaft. Bis dahin fliegt er einmal pro Woche vom Frankfurter Flughafen, seinem alten Arbeitgeber, nach Schönefeld, um sich ein Bild von den Problemen zu machen. Er soll bis Mitte August verbindlich sagen, ob der neue Termin zu halten ist.

„Der Zeitplan ist extrem knapp und absolut ambitioniert“, sagt Amann. Das größte Problem ist aus seiner Sicht fraglos die Brandschutzanlage. Amann beschreibt seine Aufgabe so: „Die Kunst besteht darin, in die wenigen Dinge, die nicht erledigt sind, voll einzusteigen.“



Im Terminal können die Abgeordneten diese „wenigen Dinge“ besichtigen. Auf Schalern und Lederbänken hat sich der Staub niedergelassen. Zementsäcke und Werkzeug liegen herum.

Kabel quellen aus Fußböden und Wänden. Über dem 750 Meter langen Mainpier Nord baumeln sämtliche Deckenplatten herab – aus „Nachverkabelungsgründen“, wie Korkhaus erklärt.

Die Ventilatoren, die er zu Demonstrationszwecken hat anwerfen lassen, sind nicht das Problem. Es ist das Zusammenspiel der Anlagen in den unterschiedlichen Flughafenbereichen. 50 der 900 Brandschutzklappen funktionieren nicht so, wie sie sollten. Das hat sich in der Testphase eindrucksvoll gezeigt: Weil die Klappen nicht öffneten, während die Luft abgesaugt wurde, sind zwei der blechernen Lüftungskanäle regelrecht implodiert. Zerquetscht wie Coladosen.

Trotzdem gibt sich Korkhaus zuversichtlich. Die Pläne, die der ebenfalls geschasste Generalplaner PG BBI hinterlassen hat, seien nicht so mangelhaft, dass größere Umbaumaßnahmen notwendig würden, sagt er. Und was ist mit den Meldungen von Schäden durch Grundwasser?, fragt CDU-Generalsekretär Dieter Dombrowski. „Bisher hatten wir noch keine größeren Wassereinträge“, sagt Korkhaus.

4000 Arbeiter sollen auf der Baustelle zu Gange sein, heißt es, doch allzu viele davon begegnen der CDU-Fraktion auf ihrem Rundgang nicht. „4000?“, fragt Dombrowski am Ende der Tour. „Ich hab’ vielleicht 50 gezählt.“ Er hat auch Zweifel daran, dass die Parkhäuser bis zum 3. Juni fertig geworden wären. Sie sind bis dato nicht abgenommen.

„Ich fürchte, dieser Baustelle fehlt die Führung“, sagt CDU-Verkehrsexperte Rainer Genilke. „Mit dieser Schlagzahl habe ich Zweifel daran, dass der 17. März eingehalten werden kann.“ Am Donnerstag im Hauptausschuss müsse Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) auch erklären, wie der Standort je betriebswirtschaftlich arbeiten könne, fordert die Union.

Dann dürften auch die anhaltenden Querelen um den Lärmschutz eine Rolle spielen. Der Flughafen hat die Umsetzung des Programms vorerst gestoppt, wie Sprecher Ralf Kunkel bestätigt. Zuerst müssten mögliche Konsequenzen aus dem Rechtsstreit um den Lärmschutz geprüft werden.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 10.07.2012

Warnschussarrest für jugendliche Täter wird eingeführt

U-Bahn-Schläger oder andere jugendliche Straftäter können künftig auch bei einer Bewährungsstrafe bis zu vier Wochen ins Gefängnis kommen.

Jugendliche können neben einer zur Bewährung ausgesetzten Strafe künftig für mehrere Wochen in einen sogenannten Warnschussarrest genommen werden. Der Bundesrat gab am Freitag in Berlin grünes Licht für ein vom Bundestag bereits im Juni 2012 verabschiedetes Gesetz.

Durch den Warnschussarrest sollen dem Jugendlichen seine Verantwortung für das begangene Unrecht und die Folgen weiterer Straftaten verdeutlicht werden. Der hessische Bundesratsminister Michael Boddenberg (CDU) sagte, junge Straftäter könnten oft die Tragweite ihrer Tat nicht verstehen und empfänden eine Bewährungsstrafe als Freispruch.

Während des Warnschussarrests sollten die Jugendlichen nicht nur verwahrt, sondern sozialpädagogisch betreut werden.

Bei besonders schweren Mordverbrechen kann künftig zudem auch für Heranwachsende eine Höchststrafe von 15 Jahren verhängt werden. Bislang liegt das Höchstmaß bei zehn Jahren. Dies war jedoch als unzureichend kritisiert worden.

SPD-regierte Länder kritisieren neues Gesetz

Kritik kam von SPD-regierten Ländern. So hatte Nordrhein-Westfalen die Anrufung des Vermittlungsausschusses beantragt, scheiterte damit aber. Der nordrhein-westfälische Justizminister Thomas Kutschaty monierte, in vier Wochen Warnschussarrest könne eine langjährige negative Persönlichkeitsentwicklung nicht umgekehrt werden. Um Verantwortungsbewusstsein zu fördern, sei ein stimmiges, dauerhaftes Bewährungskonzept erforderlich. Arrest sei dagegen ein Störfaktor. Auch bei Fachleuten ist der Warnschussarrest umstritten, da in den Gefängnissen wenig erzieherische Angebote existieren und viele Anstalten überfüllt sind.

Die brandenburgische CDU-Fraktion lobte den Warnschussarrest. Damit würden die Sanktionsmöglichkeiten im Jugendstrafrecht spürbar erweitert, sagte Rechtsexperte Danny Eichelbaum am Freitag. Der Warnschussarrest werde eine Abschreckungswirkung entfalten. Jugendstraftätern müsse frühzeitig aufgezeigt werden, was Freiheitsentzug bedeute. Viele würden Bewährungsstrafen als "Freispruch zweiter Klasse" werten. "Mit dem Warnschussarrest besteht die Chance, kriminelle Karrieren bereits im Anfangsstadium zu verhindern", sagte Eichelbaum.

Als "kriminalpolitische Symbolpolitik" bezeichnete hingegen Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) den Beschluss des Bundesrats. Der Warnschussarrest sei ein untaugliches und populistisches Pseudo-Sanktionsinstrument. Auch höhere Strafen lehnte er ab mit Verweis auf Studien, wonach die Rückfallquote nach verbüßtem Jugendarrest 70 Prozent beträgt. Strafrechtsverschärfungen und harte Urteile seien ungeeignete Mittel zur Zurückdrängung der Jugendkriminalität. Es handele sich um ein gesellschaftliches Problem, dem mit kluger Sozialpolitik begegnet werden müsse. "Kriminalpolitische Erfolge erzielt man am besten mit sozialer Gerechtigkeit und nicht mit einer endlosen Strafverschärfungsspirale", sagte Schöneburg.

Quelle: Berliner Morgenpost, 07.07.2012

Ausgewählte Termine im Monat Oktober

02.10.2012

10.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
12.30 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen,-Rechts,-und Umweltpolitik in Potsdam

04.10.2012

15.30-17.00 Uhr Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Ludwigsfelde

05.10.2012

09.30 Uhr Rechtspolitisches Fachgespräch der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
11.00 Uhr Empfang anlässlich des 70.Geburtstages von Landtagspräsident Gunter Fritsch in Potsdam
15.00 Uhr Jubiläum Pitis Kindertheater im Citytreff Ludwigsfelde

08.10.2012

11.00 Uhr Übernahme Aktenpatenschaft im Kreisarchiv Luckenwalde

09.10.2012

10.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
12.30 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen,-Rechts,-und Umweltpolitik in Potsdam

16.10.2012

10.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
12.30 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen,-Rechts,-und Umweltpolitik in Potsdam

17.10.2012

09.30 Uhr Sitzung des Richterwahlausschusses in Potsdam

23.10.2012

10.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
12.30 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen,-Rechts,-und Umweltpolitik in Potsdam
14.00 Uhr Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission in Potsdam

29.10.2012

13.00 Uhr Eröffnung der Wirtschaftswoche Teltow-Fläming in Luckenwalde
18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes

*Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de*